

Dokumentation des Praxisgesprächs

Fokus Übergang: Demokratieförderung in beruflicher Bildung fördern

18.10.2023, Berlin

Tagesordnung

- 13:00 Uhr** Begrüßung durch BMFSFJ und Robert Bosch Stiftung
13:20 Uhr Fachimpuls Minor: *Berufliche Bildung und Übergangsbereich: Schlüssel zur Stärkung der Demokratie*
13:40 Uhr Präsentation erfolgreicher Ansätze aus verschiedenen Bundesländern
- *Hessen*
 - *Saarland*
 - *Bremen*
 - *Schleswig-Holstein*
 - *Baden-Württemberg*
- 14:30 Uhr** Kaffeepause
14:45 Uhr Diskussionsrunde: *Demokratieförderung im Übergangsbereich: Chancen und Strategien*
15:45 Uhr Wrap-Up und Verabschiedung
16:00 Uhr Abschluss

Teilnehmende

- Thomas Heppener, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- Antje Scheidler, Robert Bosch Stiftung
- Christian Pfeffer-Hoffmann, Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung
- Anni Fröhlich Zapata, Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung
- Julius Linnert, Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung
- Ariane Brauns, Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur – Schleswig-Holstein
- Christopher Ehrler, Die Senatorin für Kinder und Bildung – Bremen
- Anja Esser, Ministerium für Schule und Bildung – Nordrhein-Westfalen
- Thomas Graupner, Staatsministerium für Kultus – Sachsen
- Reiner Groß, Ministerium Bildung und Kultur – Saarland
- Oliver Hein, DGB-Bildungswerk BUND des Deutschen Gewerkschaftsbunds
- Katarina Jamm de Pérez, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berlin
- Fabricia Lederer, Kultusministerium – Hessen
- Tanja Rieger, Ministerium für Kultus und Sport – Baden-Württemberg
- Thomas Roschke, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport – Thüringen
- Martin Schubert, Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration – Sachsen-Anhalt
- Meike Witte, Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur – Schleswig-Holstein

Begrüßung

Zu Beginn des Fachgesprächs zur Demokratieförderung in der beruflichen Bildung begrüßt der Geschäftsführer von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung, Christian Pfeffer-Hoffmann, die Teilnehmenden. Dabei verweist er auf den Zusammenhang zwischen demokratischer Beteiligung und sozialem Status und betont, dass insbesondere schlechter situierte Bevölkerungsgruppen dazu neigten, sich aufgrund ihrer Marginalisierung von der Demokratie zu distanzieren. Auch der Bildungsgrad spiele hierbei eine entscheidende Rolle. Die deutlich geringere Wahlbeteiligung ärmerer Bevölkerungsschichten sei eine der drängendsten Herausforderungen für die Demokratie. In diesem Zusammenhang sei von besonderer Relevanz, dass ein großer Teil dieser von Marginalisierung betroffenen als junge Menschen Bildungsmaßnahmen im Übergangsbereich (ÜB) besuchten. Im Jahr 2022 verzeichnete der ÜB 239.000 Einmündungen, wobei die Mehrheit dieser jungen Menschen entweder über keinen Schulabschluss oder lediglich einen ersten Schulabschluss verfüge. Der ÜB sei ein zentraler Ansatzpunkt für die Demokratieförderung. Es wird unterstrichen, dass der ÜB häufig die letzte Möglichkeit darstelle, diese jungen Menschen mit Demokratieförderung und politischer Bildung zu erreichen. Es sei von großer Bedeutung, diese Möglichkeit zu nutzen, um die demokratische Teilhabe marginalisierter Gruppen zu fördern. [Die Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“](#) (Fachstelle Übergangssystem), die von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung getragen werde, sei eines der wenigen Projekte bundesweit, die genau auf diese Thematik ausgerichtet seien.

Auch Antje Scheidler von der Robert-Bosch-Stiftung (RBS) begrüßt die Teilnehmenden des Fachgesprächs. Die Stiftung setze sich seit Jahren insbesondere für die Förderung von Demokratiekompetenzen im beruflichen Umfeld ein. Das Fachgespräch habe zum Ziel habe, über die Grenzen der Bundesländer hinweg Erfahrungen und Best Practices auszutauschen und die Vernetzung verschiedener Fachexpertisen zu ermöglichen.

Daraufhin begrüßt Thomas Heppener aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Anwesenden und macht mit Blick auf den aktuellen Anstieg antisemitischer Vorfälle auf die Relevanz von Demokratieförderung aufmerksam. Er unterstreicht die Notwendigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements in einer Demokratie und weist auf das von seinem Referat geförderte Programm „Demokratie leben!“ hin, dessen aktuelle Förderperiode zum Jahresende 2024 beendet sei. In welchen Bereichen das Ministerium für die kommende Förderperiode inhaltliche Schwerpunkte setze, sei vom Demokratiefördergesetz abhängig, dessen Verabschiedung noch ausstehe. Fragen gesellschaftlicher Ungleichheit würden dabei sicherlich eine Rolle spielen.

Fachimpuls Minor – Fachstelle Übergangssystem

Berufliche Bildung und Übergangsbereich: Schlüssel zur Stärkung der Demokratie

Zur inhaltlichen Einführung und Kontextualisierung gibt der Projektkoordinator der Fachstelle Übergangssystem, Julius Linnert, einen wissenschaftlichen Fachimpuls. Besorgniserregend seien die Ergebnisse der neuen [die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#): Mehr als acht Prozent der Bevölkerung in Deutschland hätten der Studie zufolge ein manifestiert rechtsextremses Weltbild, im Vergleich zu zwei bis drei Prozent in den letzten Jahren. Erschwerend komme hinzu, dass der Anteil bei jungen Menschen, bei 12,3 Prozent liege. Dies schlage sich auch in zunehmenden Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien nieder – unter ihren Sympathisant*innen liege der Anteil der Befragten mit rechtsextremsen Weltbild dreimal so hoch, bei 24 Prozent. Vor diesem Hintergrund bestehe die Notwendigkeit, neue

Ansätze und Ideen zur Verbesserung der Demokratieförderung zu entwickeln. Besonders wichtig sei es, den Übergangsbereich stärker in den Fokus zu nehmen, da dieser oft übersehen werde.

Der Übergangsbereich sei ein Sammelsurium von Bildungsgängen und Maßnahmen. Gerade dieser Bildungssektor sei für die Förderung von Demokratie, so die These, von großer Bedeutung. Aufgrund der wichtigen gesellschaftlichen Funktionen des Übergangsbereichs, wie der Integration von Geflüchteten, der Minderung des Fachkräftemangels und der Jugendarbeitslosigkeit sei dieser Bildungsbereich von gesellschaftspolitischer Relevanz. Darüber hinaus sei es konstituierendes Merkmal einer Demokratie, dass alle Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, mitentscheiden sollten. Dem stehe entgegen, dass junge Menschen im Übergangsbereich oft von Ausschlüssen und Diskriminierungen, also gesellschaftlicher Marginalisierung betroffen seien, was ihre demokratische Teilhabe einschränke.

Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen stünden der Demokratie häufig negativer gegenüber. Dies sei im Zusammenhang mit ihrer marginalisierten Position in der Gesellschaft und ihren Erfahrungen nicht unerklärlich. Schüler*innen im Übergangsbereich würde häufig wenig Wertschätzung entgegengebracht, für ihr vermeintliches Scheitern würden sie oft selbst verantwortlich gemacht. Dies führe zu einem hohen Bedarf an politischer Bildung und Demokratieförderung. Der Übergangsbereich sei oft die letzte Möglichkeit, um Jugendliche zu erreichen und Demokratiebildung in einem kritischen Moment zu vermitteln.

Zum Abschluss werden Handlungsoptionen auf unterschiedlichen Ebenen aufgeführt, die zur Verbesserung des Übergangsbereichs durch Demokratieförderung beitragen würden, u. a. die Notwendigkeit einer umfassenden Vision für den Übergangsbereich, ein Mehr an Forschung zum Übergangsbereich und zur Bildung von Benachteiligten sowie ein stärkeres Engagement der Politik in Bezug auf Förder Richtlinien und Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangsbereichs.

Rückmeldungen zum Fachimpuls vonseiten der Teilnehmenden

In der anschließenden kurzen Diskussion geht Thomas Heppener auf die Frage zum Verhältnis von Demokratieförderung und politischer Bildung ein. Das BMFSFJ befinde sich diesbezüglich im Austausch mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der KMK. Jedoch trage das BMFSFJ nicht die alleinige Verantwortung für Demokratieförderung, vor allen Dingen hinsichtlich der Verankerung in den Curricula.

Christian Pfeffer Hoffmann betont, dass die Verankerung von Demokratieförderung in Regelstrukturen von zentraler Bedeutung sei. Außerdem sei von Relevanz, welche beruflichen Handlungskompetenzen in den Bildungsgängen des Übergangsbereichs vermittelt würden und inwieweit persönliche, soziale und gesellschaftliche Kompetenzen gefördert würden.

Die Diskutant*innen sprechen die enorme Komplexität und Unübersichtlichkeit der verschiedenen Maßnahmen an. Sie sind sich einig, dass der Übergangsbereich einen wichtigen Bildungssektor darstelle, dessen Ausgestaltung direkte Auswirkungen auf die Chancen und die Integration junger Menschen in die Gesellschaft – nicht nur in die Erwerbsarbeit – habe.

Beispiele erfolgreicher Ansätze der Demokratieförderung aus den Bundesländern

Hessen (Fabricia Lederer)

Als Referentin für Politische Bildung im Kultusministerium Hessen stellte Fabricia Lederer den Teilnehmenden zwei erfolgreiche Ansätze der Demokratieförderung vor. Das Modellprojekt [„Starke Lehrer, starke Schüler“](#), das 2015 von der Robert Bosch Stiftung und der TU Dresden entwickelt und bis 2018 in Sachsen durchgeführt worden sei, werde seit 2022 in Hessen implementiert. Am Projekt beteiligt seien die Philipps Universität Marburg (Institut für Politikwissenschaft, Didaktik der politischen Bildung), die Robert Bosch Stiftung, das Hessische Kultusministerium, die hessische Lehrkräfteakademie sowie die Bundeszentrale für politische Bildung. In das Modellprojekt involviert seien 18 Lehrkräfte aus der beruflichen Bildung sowie vier externe Beratende. Ein Schwerpunkt lag von Beginn an auf der Einbindung der beruflichen Schulen. Für die teilnehmenden Lehrkräfte würden unter anderem Fortbildungen im Bereich der Extremismusprävention oder Argumentationstrainings gegen demokratiefeindliche oder menschenfeindliche Tendenzen angeboten. Dabei sei es wichtig, danach zu fragen, wo die Bedarfe liegen und wie die Lehrkräfte als Multiplikator*innen auftreten könnten. Nach einer dreijährigen Durchführung würde das Projekt von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt in Hinblick auf seine Übertragbarkeit in den Regelbetrieb und in die pädagogische Praxis evaluiert.

Ein weiterer Ansatz erfolgreicher Demokratieförderung in der beruflichen Bildung sei die [Handreichung „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“](#). Diese richte sich nicht ausschließlich an Lehrkräfte in der beruflichen Bildung und thematisiere beispielsweise den richtigen Umgang mit antidemokratischen Positionen. Die Handreichung sei Ausdruck eines Verständnisses politischer Bildung an Schulen als fächerübergreifende, gesamtschulische Aufgabe. Hierfür biete die Handreichung passgenaue Unterrichtsmaterialien. Basierend auf den Erfahrungen an der Nutzung der Handreichung habe im Jahr 2022 ein Demokratiebildungskongress stattgefunden, an dem 120 Lehrkräfte teilgenommen hätten, darunter auch viele Berufsschulkräfte. In sieben Foren seien unter anderem der Umgang mit Extremismus und Antisemitismus, demokratiefördernde Maßnahmen sowie die Verankerung von Angeboten in den Regelbetrieb diskutiert worden, um eine demokratische politische Kultur an Schulen zu stärken.

Saarland (Reiner Groß)

Als Referatsleiter mit Zuständigkeit für berufliche Schulen sieht Reiner Groß Herausforderungen für die Demokratieförderung im Übergangsbereich darin, dass es erstens in der beruflichen Bildung keine verbindlichen Bildungsstandards gebe und zweitens der Übergangsbereichs sehr divers sei, hinsichtlich sowohl der Zielgruppen als auch der Bildungsgänge.

Die Struktur des Übergangsbereiches im Saarland sei nach einem Reformprozess auf die Ausbildungsvorbereitung und die Berufsfachschulen verschlankt worden. Im Zentrum des Reformkonzeptes stehe die berufliche Kompetenzförderung, die auch die Verbesserung der Handlungsfähigkeit und eine Befähigung zur Partizipation anstrebe. Ganz fundamental sei die intensive Verzahnung der Kompetenzen „Partizipation“, „Demokratiebildung“, „Nachhaltigkeit“ und „Digitalität“. Außerdem sei der Bereich der individuellen Förderung, Lernbegleitung und Begleitung der berufspraktischen Ausbildung geschaffen worden, für den es einen Handlungsrahmen mit Vorschlägen u. a. zu Demokratieförderung (z. B. Klassenräte) gebe.

Das Konzept sei handlungsorientiert und erlaube eine ganzheitliche Förderung und Flexibilität. Im Zentrum stünde ein Bildungsansatz der von den Kompetenzen und Ressourcen sowohl der Lehrenden als auch der Lernenden ausgehe. Außerdem sei eine positive Beziehungskultur im Lernumfeld zentral. So könnten die Grundlagen für gesellschaftliche und politische Teilhabe im Übergangsbereich geschaffen werden.

Bremen (Christopher Ehrler)

Christopher Ehrler ist Referent der Senatorin für Kinder und Bildung in Bremen. Zu seinem Arbeitsfeld gehören sowohl Pflichten der Schulaufsicht als auch ministerielle Aufgaben. Seinen Input konzentriert er auf zwei Aspekte: Erstens die Vision 2035 für die berufliche Bildung, die die Basis für die berufliche Bildung in Bremen darstelle und zweitens, die geplanten Reformen des Übergangsbereiches in der Hansestadt.

Die Vision 2035 sei ein Haltungskonzept, das von Akteuren der beruflichen Bildung in Bremen mit dem Ziel formuliert worden sei, auf unterschiedlichen Ebenen zu wirken. Ausgangspunkt für die Vision seien Erkenntnisse über Lern- und Bildungstheorien in der gegenwärtigen Wissensgesellschaft: Bei Lernprozessen ginge es demnach nicht mehr primär um Wissensvermittlung, sondern um Problemlösefähigkeiten und Eigenverantwortung. Als Konsequenz daraus müsse der Unterricht im Übergangsbereich eine positive Fehlerkultur vermitteln und zur Übernahme von Verantwortung anregen. Selbstwirksamkeit und Partizipation würden außerdem in den Mittelpunkt des Unterrichts gestellt.

Auf der Vision 2035 basiere die Novellierung des Bremer Übergangsbereichs. Ausgangspunkt sei eine differenzierte Problemanalyse. Der Übergangsbereich verstärke bestehende Ungleichheiten, die Bildungsgänge seien zu wenig inklusiv sowie zu wenig praxis- und kompetenzorientiert. Die Umgestaltung sehe vor, die Maßnahmenvielfalt am Übergang Schule-Beruf auf einen einzigen modularisierten Bildungsgang zu reduzieren. In diesem Sinne sei eine Flexibilisierung und Individualisierung des Systems angedacht. Es solle kompetenzorientiert und in Bezug auf die Persönlichkeitsentwicklung gearbeitet werden. Die Maßnahmen sollten sich nach den Interessen und Eignungen der Jugendlichen richten. Das geplante Basismodul würde auf die individuellen Bedarfe der Jugendlichen angepasst und ggf. von Zusatzmodulen flankiert werden (z. B. Sprachförderung). Es sei geplant sog. Transition Guides, also Begleitpersonen, zur Verfügung zu stellen, die bei Bedarf den gesamten Übergangsprozess begleiten.

Schleswig-Holstein (Meike Witte und Ariane Brauns)

Meike Witte ist Referentin für Demokratiebildung und Gewaltprävention im Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Gemeinsam mit Ihrer Kollegin Ariane Brauns, Referentin für berufliche Orientierung, gibt Sie den Teilnehmenden einen Einblick in die Ansätze politischer Bildung und Demokratieförderung im Übergangsbereich in Schleswig-Holstein.

Um Demokratiebildung in den politischen und praktischen Diskursen in dem norddeutschen Bundesland präsent zu halten, würde zum einen jedes Jahr eine Tagung zum Thema Demokratiebildung durchgeführt. Ein Netzwerk schulischer und außerschulischer Akteure der allgemeinen und beruflichen Bildung sei in die Veranstaltung eingebunden. Zum anderen würden angelehnt an den europäischen Referenzrahmen „[Kompetenzen für eine demokratische Kultur](#)“ Schulungen für Multiplikator*innen der beruflichen Bildung in Demokratiebildung umgesetzt.

Außerdem habe sich, so die Referentinnen, vor allem das Konzept „Lernen durch Engagement“ (LdE) bewährt. Mit dem [LdE-Kompetenzzentrum Schleswig-Holstein](#) und den daran angegliederten Netzwerkschulen, finde der innovative und inklusive Ansatz zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen

Engagements auch Eingang in die beruflichen Schulen und den Übergangsbereich. Ziel des Ansatzes sei es, die demokratische Verantwortungsübernahme und Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen zu fördern. Die Idee sehe vor, dass Jugendliche selbstbestimmt Projekte durchführten. Dafür suchten sie sich einen außerschulischen Kooperationspartner und führten das Projektvorhaben selbstständig durch. Der Prozess würde durch regelmäßige Reflexionen im Unterricht begleitet. Die Jugendlichen erführen durch diesen Ansatz Anerkennung, machten Erfahrung von Selbstwirksamkeit und übernahmen Verantwortung.

Schleswig-Holstein setze darüber hinaus die Berufsorientierung bereits in der Klasse acht und neun an und böte Jugendlichen mit dem Bildungsangebot „[Produktives Lernen](#)“ ein sehr praxisorientiertes und interessenorientiertes Konzept an. Dieser vergleichsweise frühzeitige Ansatz habe sich bewährt, fördere die Partizipation und Verantwortungsübernahme bei den Jugendlichen und führe dazu, dass ein großer Anteil der Abgänger*innen der Klasse neun in eine Ausbildung mündeten oder in die zehnte Klasse versetzte würden. Die Zahl der Schüler*innen in Maßnahmen der Berufsorientierung im Übergangsbereich würde so gemindert werden.

Baden-Württemberg (Tanja Rieger)

Als Referentin und Ansprechpartnerin für den Bildungsgang AVdual im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg stellt Tanja Rieger den Teilnehmenden die Entwicklungen im süddeutschen Bundesland vor. Baden-Württemberg verfolge als eines der ersten Bundesländer bereits seit 2012 das Ziel, die Vielfalt an Maßnahmen und Angeboten im Übergangsbereich zu reduzieren und dabei Demokratieförderung zu integrieren.

Jede Reform des Übergangsbereichs müsse eine breite Palette an Akteuren einbinden, auch die Betriebe bzw. Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes. Entsprechend sei im Prozess der Reformierung des Übergangsbereichs in Baden-Württemberg zunächst ein Ausbildungsbündnis initiiert worden. Mit dem Bildungsgang [Ausbildungsvorbereitung dual \(AVdual\)](#) sei ein Reformkonzept und Bildungsangebot im Übergangsbereich entstanden, das niveaudifferenziertes Lernen mit flexiblen Bildungszielen vorsehe und sowohl Betriebspraktika als auch die individuelle Begleitung der Jugendlichen ermögliche. Die Zugangsvoraussetzungen für den Bildungsgang seien sehr niedrig. Das Lernen erfolge stark individualisiert, um den Jugendlichen eine passende Lernumgebung zu bieten. Statt regulärem Unterricht würde ausschließlich projektbasiert gearbeitet.

Der Schwerpunkt liege auf der Entwicklung überfachlicher Kompetenzen und Selbstlerntechniken, um die Chancen der Jugendlichen auf eine erfolgreiche Ausbildung zu verbessern. Auf dieser Grundlage bauten die Schüler*innen ihre Fähigkeiten aus. Im Rahmen praxisorientierter Projekte in verschiedenen Berufsfeldern (z. B. Metall- und Holzbearbeitung oder Gastgewerbe) erhielten sie Einblicke und würden grundlegende berufliche Fertigkeiten erwerben. Gleichzeitig knüpften die Projekte an die Lebenswelt der Jugendlichen an und böten Wahlmöglichkeiten z. B. in Bezug auf den Projektinhalt, um die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Demokratieförderung sei in Form des Kompetenzbereichs „*Demokratisches Verhalten*“ fester Bestandteil des Bildungsganges. Den Berufsschulen würden regelmäßig Fortbildungen angeboten und ihre Arbeit würde durch multiprofessionelle Teams unterstützt.

Diskussionsrunde

In der Diskussion wird zunächst den anwesenden Vertreter*innen der übrigen Bundesländer die Möglichkeit gegeben, sich zu dem Thema der Tagung zu positionieren, die Inputs zu reflektieren oder von ihren eigenen Erfahrungen zu berichten.

Thomas Graupner, aus dem Referat berufliche Bildung im Kultusministerium in **Sachsen** berichtet von seiner Erfahrung mit dem von Fabricia Lederer (Hessen) vorgestellten Projekt „Starke Lehrer, starke Schüler“. Er sei selbst über viele Jahre im Übergangsbereich tätig gewesen und kenne die Bedeutung von Beziehungsarbeit. Besonders relevant seien Angebote der Demokratieförderung und rassismuskritische Arbeit, sowie die Frage danach, an welchen Stellen die Schüler*innen Selbstwirksamkeit erleben könnten. Außerdem müssten nicht nur die Berufsschulen adressiert werden, sondern auch außerschulische Träger, da diese viele Maßnahmen des Übergangsbereichs anboten.

Katarina Jamm des Pérez aus der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie des Landes **Berlin** verweist mit Blick auf die Hauptstadt auf den Zusammenschluss zweier Bildungsangebote in der integrierten Berufsausbildungsvorbereitung (IBA), um die Maßnahmenvielfalt zu reduzieren. Dennoch bleibe in Berlin eine Vielfalt und dadurch teilweise eine gewisse Unübersichtlichkeit bestehen. Probleme gebe es mit der Erreichbarkeit von Jugendlichen, die nicht im Kontakt mit der Jugendberufshilfe stünden. Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, müsste an strukturellen Stellschrauben angesetzt werden, bspw. der Lehrer*innenausbildung. Der Übergangsbereich sei in Bezug auf Demokratieförderung weiterhin ein Feld, das bearbeitet und weiterentwickelt werden müsse.

Anja Esser, Referatsleiterin im Ministerium für Schule und Bildung in **Nordrhein-Westfalen** mit Zuständigkeiten für die berufliche Orientierung und den Übergang Schule-Beruf bestätigt, dass die Maßnahmenvielfalt unübersichtlich sei. In NRW würden zwar seit 2015 die Angebote zusammengefasst, dennoch umfasse der Übergangsbereich noch 18 verschiedene Angebote. Zentral seien dabei die Maßnahmen AVdual und die Berufsfachschulen, in die etwa 40.000 Jugendliche einmündeten. Der Übergangssektor sei aktuell aufgrund seines Potenzials für den Fachkräftemangel stark im Fokus.

Martin Schubert ist Referent im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration in **Sachsen-Anhalt**, verantwortlich für Berufsorientierung, den Übergang Schule-Beruf und Ausbildung. Seine Perspektive sei daher von einer arbeitsmarktpolitischen Sichtweise geprägt. Am Berufsorientierungsprogramm „[BRAFO - Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren](#)“, erkundeten jährlich rund 11.000 Schüler*innen ihre berufsbezogenen Interessen in unterschiedlichen Berufsfeldern. Der Fokus von Reformen des Übergangsbereich müsse zukünftig vermehrt auf Chancengerechtigkeit, Selbstwirksamkeit, Partizipation und Verantwortungsübernahme liegen.

In der anschließenden Diskussion kommen unterschiedliche Themen zur Sprache. Die zentrale Aufgabe des Übergangsbereiches sei die Stärkung der Jugendlichen, sowohl für die Demokratie als auch für den Arbeitsmarkt. Dies sei eng verknüpft mit der Frage nach der Chancengleichheit, die durch Demokratieförderung und Partizipationsmöglichkeiten erhöht werden könne. Außerdem Gefühle von Minderwertigkeit aufgrund fehlenden schulischen Erfolgs oder des Fehlens eines Ausbildungsplatzes würden dazu führen, dass zahlreiche Jugendliche im Übergangsbereich ein statisches Selbstbild aufwiesen, was sich in einer fehlenden Wahrnehmung von Veränderungsmöglichkeiten äußern würde. Um dem entgegenzuwirken, sei es wichtig, den Jugendlichen tatsächliche Wahlmöglichkeiten zu unterbreiten. Die Einführung von AVdual in Baden-Württemberg sei in dieser Hinsicht gelungen, auch würden Betriebe eingebunden. Schlussendlich sei das eigentliche Ziel vieler der Maßnahmen im Übergangsbereich, dass dieser sich selbst überflüssig mache. Gleichzeitig bestünde weiterhin die Notwendigkeit an

Bildungsmaßnahmen für Zielgruppen mit besonderen Förderbedarfen. Dies würde beispielsweise vor dem Hintergrund von Zuwanderungsbewegungen sichtbar werden. Der Übergangsbereich übernehme hier die wichtige gesellschaftliche Aufgabe, jungen Zugewanderte bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Zum Abschluss unterstreicht Christian Pfeffer-Hoffmann, dass der Übergangsbereich und die in ihm lernenden marginalisierten Zielgruppen nicht vergessen werden dürften. Die Ansätze zur Verbesserung und Weiterentwicklung des Übergangsbereichs ließen sich grob in sechs Arbeitsfelder systematisieren:

- 1) **Grundsätze und Systemfragen:** Es bedürfe grundlegender Überlegungen dazu, wie der Übergangsbereich aufgebaut sein solle – besonders im Hinblick auf seine demokratiefördernde Funktion. Erst dann könne er neu aufgebaut, bzw. reformiert werden.
- 2) **Netzwerk:** Es bräuchte ein starkes und lebendiges Netzwerk aus verschiedenen Akteuren, z. B. Landkreise, Gebietskörperschaften, Unternehmen und Berufsschulen.
- 3) **Bildungsinhalte:** Demokratieförderung (politische Bildung, Selbstwirksamkeit und Partizipation) müssten in den Curricula der Bildungsgänge strukturell verankert werden.
- 4) **Strukturen und Institutionen:** Innerhalb von Schulen, Trägern und den weiteren beteiligten Organisationen müssten die vorgesehenen Inhalte umgesetzt und Demokratie erlebbar gemacht werden.
- 5) **Personal:** Um Demokratieförderung sinnvoll umsetzen zu können, müssten Lehrkräfte und Pädagog*innen in Schulungen und Weiterbildungen Kompetenzen in der Demokratiebildung erhalten.
- 6) **Schüler*innen:** Schlussendlich stellten sich didaktische und methodische Fragen nach der Umsetzung und der Gestaltung von Lernprozessen.